



Europäische Union

Veröffentlichung des Supplements zum Amtsblatt der Europäischen Union

2, rue Mercier, 2985 Luxembourg, Luxembourg

Fax: +352 29 29 42 670

E-Mail: ojs@publications.europa.eu

Infos und Online-Formulare: <http://simap.europa.eu>

Auftragsbekanntmachung

(Richtlinie 2004/18/EG)

Abschnitt I : Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n):

Offizielle Bezeichnung: [Deutscher Bundestag - Verwaltung -](#)

Nationale Identifikationsnummer: *(falls bekannt)*

Postanschrift: [Platz der Republik 1](#)

Ort: [Berlin](#)

Postleitzahl: [11011](#)

Land: [Deutschland \(DE\)](#)

Kontaktstelle(n): [Referat ZT 6 - Vergaben](#)

Telefon: [+49 3022733234](#)

Zu Händen von:

E-Mail: vergabereferat@bundestag.de

Fax: [+49 3022730374](#)

Internet-Adresse(n): *(falls zutreffend)*

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers / des Auftraggebers: *(URL)* <http://www.bundestag.de>

Adresse des Beschafferprofils: *(URL)*

Elektronischer Zugang zu Informationen: *(URL)*

Elektronische Einreichung von Angeboten und Teilnahmeanträgen: *(URL)*

Weitere Auskünfte erteilen

die oben genannten Kontaktstellen Sonstige (bitte Anhang A.I ausfüllen)

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken

die oben genannten Kontaktstellen Sonstige (bitte Anhang A.II ausfüllen)

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an

die oben genannten Kontaktstellen Sonstige (bitte Anhang A.III ausfüllen)

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene

Regional- oder Lokalbehörde

Agentur/Amt auf regionaler oder lokaler Ebene

Einrichtung des öffentlichen Rechts

Europäische Institution/Agentur oder internationale Organisation

Sonstige: *(bitte angeben)*

I.3) Haupttätigkeit(en)

- Allgemeine öffentliche Verwaltung
- Verteidigung
- Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- Umwelt
- Wirtschaft und Finanzen
- Gesundheit
- Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen
- Sozialwesen
- Freizeit, Kultur und Religion
- Bildung
- Sonstige: *(bitte angeben)*

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber:

ja nein

weitere Angaben zu diesen öffentlichen Auftraggebern bitte in Anhang A

Abschnitt II : Auftragsgegenstand

II.1) Beschreibung :

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber :

Vertrag für den Zeitraum 1. August 2013 - 31. Juli 2017 über die Disposition und Durchführung von Personenbeförderungsleistungen durch Mietwagen im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) mit Fahrer/innen im Stadtgebiet von Berlin und zum Flughafen Schönefeld/zukünftig Berlin-Brandenburg (Mandatsfahrten).

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung :

bitte nur eine Kategorie – Bauleistung, Lieferung oder Dienstleistung – auswählen, und zwar die, die dem Auftrags- oder Beschaffungsgegenstand am ehesten entspricht

- | | | |
|---|--|---|
| <input type="radio"/> Bauauftrag | <input type="radio"/> Lieferauftrag | <input checked="" type="radio"/> Dienstleistungen |
| <input type="checkbox"/> Ausführung | <input type="radio"/> Kauf | Dienstleistungskategorie Nr: 2 |
| <input type="checkbox"/> Planung und Ausführung | <input type="radio"/> Leasing | Zu Dienstleistungskategorien siehe |
| <input type="checkbox"/> Erbringung einer Bauleistung, gleichgültig mit welchen Mitteln, gemäß den vom öffentlichen Auftraggeber genannten Erfordernissen | <input type="radio"/> Miete | Anhang C1 |
| | <input type="radio"/> Mietkauf | |
| | <input type="radio"/> Eine Kombination davon | |

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung :

Berlin

NUTS-Code: DE300

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

- Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag
- Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung
- Die Bekanntmachung betrifft den Aufbau eines dynamischen Beschaffungssystems (DBS)

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung : (falls zutreffend)

- | | |
|--|---|
| <input type="radio"/> Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern | <input type="radio"/> Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer |
|--|---|

Anzahl :
oder

(falls zutreffend) Höchstzahl : der an der geplanten Rahmenvereinbarung Beteiligten

Laufzeit der Rahmenvereinbarung

Laufzeit in Jahren : oder in Monaten :

Begründung, falls die Laufzeit der Rahmenvereinbarung vier Jahre übersteigt :

Geschätzter Gesamtauftragswert über die Gesamtlaufzeit der Rahmenvereinbarung (falls zutreffend, in Zahlen)

Geschätzter Wert ohne MwSt : Währung :
oder

Spanne von : : bis : : Währung :

Periodizität und Wert der zu vergebenden Aufträge : *(falls bekannt)*

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens :

Disposition und pünktliche sowie qualitätsgerechte Durchführung aller übermittelten Fahraufträge (Mandatsfahrten) mit Mietwagen im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) mit Fahrer/innen an jedem Tag und zu jeder Tages- und Nachtzeit hauptsächlich im Stadtgebiet von Berlin inkl. der Fahrten zum Flughafen Schönefeld (später BER), welche von der Auftraggeberin erfasst und über eine Datenverbindung dem Auftragnehmer übermittelt werden.
Der Dienstleistungsvertrag hat eine Laufzeit von 4 Jahren, in denen die Auftraggeberin dem Auftragnehmer die Beauftragung von 1,3 Mio. Entfernungskilometern je 12 Monate garantiert. Die Zahl der Einzelaufträge pro Jahr wird auf rund 155.000 mit ca. 1,5 Mio. km Fahrleistung geschätzt. Für die Disposition dieser Fahrten ist die Einrichtung und Unterhaltung einer rund um die Uhr besetzten Einsatzzentrale notwendig.
Zur Vertragsdurchführung sind bis zu 120 Personenkraftwagen der oberen Mittelklasse in gedeckten Farben gleichzeitig einzusetzen. Die Fahrzeuge dürfen nicht älter als zwei Jahre sein. Es dürfen nur Fahrzeuge eingesetzt werden, die weniger als 140 g CO₂/km gemäß Herstellerangaben ausstoßen. Ziel der Auftraggeberin ist es, dass ein Wert von nicht mehr 120 g CO₂/km erreicht werden soll. Der Einsatz von Taxen ist nur nach vorheriger Rücksprache mit der Auftraggeberin und nach Ausschöpfung des Kontingents der 120 geforderten Mietwagen erlaubt. Auch hier sind, soweit möglich, umweltfreundliche Fahrzeuge vorrangig einzusetzen. Die Unterhaltung einer Einsatzzentrale und entsprechendes Personal sind notwendig.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV) :

	Hauptteil	Zusatzteil <i>(falls zutreffend)</i>
Hauptgegenstand	60171000	

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA) :

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA) : ja nein

II.1.8) Lose: *(für Angaben zu den Losen in Anhang B, verwenden Sie ein Formular pro Los)*

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja nein

(falls ja) Angebote sind möglich für

nur ein Los

ein oder mehrere Lose

alle Lose

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:

Varianten/Alternativangebote sind zulässig : ja nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags :

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang : *(einschließlich aller Lose, Verlängerungen und Optionen, falls zutreffend)*

(falls zutreffend, in Zahlen)

Geschätzter Wert ohne MwSt : Währung :

oder

Spanne von : : bis : : Währung :

II.2.2) Angaben zu Optionen : *(falls zutreffend)*

Optionen : ja nein

(falls ja) Beschreibung der Optionen :

(falls bekannt) Voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen :

in Monaten : oder in Tagen : (ab Auftragsvergabe)

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung : *(falls zutreffend)*

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja nein

Zahl der möglichen Verlängerungen: *(falls bekannt)* oder Spanne von : bis:

(falls bekannt) Voraussichtlicher Zeitrahmen für Folgeaufträge bei verlängerbaren Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen:

in Monaten: oder in Tagen: (ab Auftragsvergabe)

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit in Monaten : oder in Tagen: (ab Auftragsvergabe)

oder

Beginn: 01/08/2013 (TT/MM/JJJJ)

Abschluss: 31/07/2017 (TT/MM/JJJJ)

Abschnitt III : Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Bedingungen für den Auftrag:

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: *(falls zutreffend)*

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, eine Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung, die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), Werkvertragsrecht (BGB)

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: *(falls zutreffend)*

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist;
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist;
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt;
- dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, Zahlungen mit befreiender Wirkung entgegenzunehmen und
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, werden nicht zugelassen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen: *(falls zutreffend)*

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen : ja nein

(falls ja) Darlegung der besonderen Bedingungen:

1. Es wird darauf hingewiesen, dass der Bewerber sich durch die Abgabe seiner Bewerbung für den Auftragsfall einverstanden erklärt, dass die Mitarbeiter, die mit der Leistung (Disposition und Einsatz der Fahrzeuge) betraut werden sollen, für eine polizeiliche Überprüfung durch die Bundestagspolizei zur Verfügung stehen. Dies gilt auch für die Fahrer/innen.
2. Sofern ein Bewerber nach erfolgreicher Teilnahme an diesem Teilnahmewettbewerb die Vergabeunterlagen zugesandt bekommen hat, kann er ein Angebot abgeben. Für die Abgabe dieses Angebotes ist Voraussetzung, dass der Bewerber vorher in der Einsatzzentrale der Auftraggeberin die DV-Anlage sowie die eingesetzte Software besichtigt hat, da für die Disposition der Fahraufträge die DV-Technik und Software beim Dienstleister zur Anwendung kommt.

III.2) Teilnahmebedingungen:

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Möglicherweise geforderte Mindeststandards: (falls Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: zutreffend)

1. Eigenerklärung, dass der Bewerber seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nach der jeweiligen Gesetzgebung des Landes nachgekommen ist und dass ein Insolvenzverfahren in Bezug auf sein Vermögen nicht beantragt bzw. eröffnet wurde.
 2. Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung für ein Mietwagenunternehmen. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt des Eingangs des Teilnahmeantrages bei der Vergabestelle nicht älter als ein halbes Jahr sein.
 3. Erklärung, dass die Vergabeunterlagen vertraulich behandelt werden.
 4. Darstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch Vorlage der Umsatzzahlen über vergleichbare Leistungen aus den letzten drei Geschäftsjahren.
 5. Sofern zutreffend: Benennung der Mitglieder der Bietergemeinschaft sowie Bezeichnung eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigter Vertreter. Die vorstehend geforderten Nachweise, Eigenerklärungen und Darstellungen sind jeweils für jedes einzelne Mitglied einer Bietergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.
 6. Sofern zutreffend: Benennung der vorgesehenen Nachunternehmer. Ein Bewerber kann sich zum Nachweis der Leistungsfähigkeit anderer Mietwagenunternehmen (Nachunternehmer) bedienen. In einem solchen Fall sind Art und Umfang der Leistungen der Nachunternehmer möglichst detailliert anzugeben.
Taxibetriebe sind nicht als Unterauftragnehmer zugelassen.
Es sind sämtliche geforderten Nachweise und Erklärungen entsprechend der Art und des Umfangs des Nachuntermereinsatzes für die Nachunternehmer vorzulegen. Ferner ist mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel der Nachunternehmer im Auftragsfall zur Verfügung stehen, was z.B. durch eine Verpflichtungserklärung geschehen kann.
Gesellschaftsrechtlich verbundene Unternehmen werden wie Nachunternehmer behandelt.
- Die verlangten Nachweise und Erklärungen sind grundsätzlich vollständig mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen, was auch gilt, soweit auf Nachunternehmer zurückgegriffen wird. Das Fehlen eines Nachweises kann zum Ausschluss führen. Eine fristgebundene Nachforderung fehlender Nachweise und eine entsprechende Aufforderung, die Nachweise für die vorgesehenen Nachunternehmer zu ergänzen, bleibt der Vergabestelle vorbehalten.
- zu 2. Die Versicherung muss mindestens folgende Schadenssummen abdecken:
2.000.000 Euro für Personen- und 1.000.000 Euro für Sach- und 100.000 Euro für Vermögensschäden
zu 4. Der Jahresumsatz muss für vergleichbare Leistungen (Disposition und Durchführung von Fahraufträgen mit Mietwagen mit Fahrer/innen) mindestens 1,5 Mio. € pro Geschäftsjahr betragen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Möglicherweise geforderte Mindeststandards: *(falls Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: zutreffend)*

1. Referenzen über die wesentlichen in den letzten drei zu 2. Mindestens 100 Mitarbeiter für Fahrdienste und Geschäftsjahren erbrachten vergleichbaren Leistungen (Disposition von Fahraufträgen mit Mietwagen mit Fahrer/innen) in Tabellenform mit Angabe des Auftraggebers, des Leistungsumfangs (Fahrkilometer, Anzahl der Fahraufträge sowie eingesetztes Personal), des Zeitraumes sowie eines Ansprechpartners beim Auftraggeber (Name, Anschrift, Telefondurchwahl, ggf. E-Mail-Adresse).
2. Angabe der Anzahl der jahresdurchschnittlich für Fahrdienste und Disposition eingesetzten Mitarbeiter des Unternehmens der letzten drei Geschäftsjahre.
3. Vorlage von Mitarbeiterprofilen zum Nachweis von EDV-geschultem Personal für die DV-gestützte Disposition von Fahraufträgen.
4. Nachweis über die Anzahl der in den letzten drei Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich zur Durchführung von Fahraufträgen mit Mietwagen mit Fahrer/innen eingesetzten Fahrzeuge der oberen Mittelklasse.
5. Sofern zutreffend: Vorlage der vorstehend geforderten Nachweise und Erklärungen entsprechend der Art und des Umfang des Nachunternehmereinsatzes für die Nachunternehmer zusammen mit dem Teilnahmeantrag.
- Die verlangten Nachweise und Erklärungen sind grundsätzlich vollständig mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen, was auch gilt, soweit auf Nachunternehmer zurückgegriffen wird. Das Fehlen eines Nachweises kann zum Ausschluss führen. Eine fristgebundene Nachforderung fehlender Nachweise und eine entsprechende Aufforderung, die Nachweise für die vorgesehenen Nachunternehmer zu ergänzen, bleibt der Vergabestelle vorbehalten.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: *(falls zutreffend)*

- Der Auftrag ist geschützten Werkstätten vorbehalten
- Die Auftragsausführung ist auf Programme für geschützte Beschäftigungsverhältnisse beschränkt

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge:

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: ja nein
(falls ja) Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift :

Die Personenbeförderungsscheine für die jeweils eingesetzten Fahrer/innen sowie die Mietwagenkonzessionen für die eingesetzten Kraftfahrzeuge haben bei Leistungsbeginn vorzuliegen und sind der Auftraggeberin vor dem ersten Einsatz in Kopie zu übergeben.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja nein

Abschnitt IV : Verfahren

IV.1) Verfahrensart:

IV.1.1) Verfahrensart:

Offen

Nichtoffen

Beschleunigtes nichtoffenes Verfahren Gründe für die Wahl des beschleunigten Verfahrens:

Verhandlungsverfahren Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) : ja nein
(falls ja, Namen und Anschriften bereits ausgewählter Wirtschaftsteilnehmer bitte in Abschnitt VI.3: Sonstige Angaben angeben)

Beschleunigtes Verhandlungsverfahren Gründe für die Wahl des beschleunigten Verfahrens:

Wettbewerblicher Dialog

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: (nicht offenes Verfahren, Verhandlungsverfahren, wettbewerblicher Dialog)

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer:

oder

Geplante Mindestzahl: und (falls zutreffend) Höchstzahl

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: (Verhandlungsverfahren, wettbewerblicher Dialog)

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote : ja nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien (bitte Zutreffendes ankreuzen)

Niedrigster Preis

oder

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf

die nachstehenden Kriterien (die Zuschlagskriterien sollten nach ihrer Gewichtung oder in absteigender Reihenfolge ihrer Bedeutung angegeben werden, wenn eine Gewichtung nachweislich nicht möglich ist)

die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

Kriterien	Gewichtung	Kriterien	Gewichtung
1.		6.	
2.		7.	
3.		8.	
4.		9.	

Kriterien	Gewichtung	Kriterien	Gewichtung
5.		10.	

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt ja nein

(falls ja, falls zutreffend) Zusätzliche Angaben zur elektronischen Auktion:

IV.3) Verwaltungsangaben:

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: (falls zutreffend)

Geschäftszeichen/Vergabenummer: ZT6-1133-2012-140-15-ZT4

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags:

ja nein

(falls ja)

Vorinformation Bekanntmachung eines Beschafferprofils

Bekanntmachungsnummer im ABl: vom: (TT/MM/JJJJ)

Sonstige frühere Bekanntmachungen(falls zutreffend)

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung: (bei einem wettbewerblichen Dialog)

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme

Tag: Uhrzeit:

Kostenpflichtige Unterlagen ja nein

(falls ja, in Zahlen) Preis: Währung:

Zahlungsbedingungen und -weise:

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

Tag: 11/12/2012 Uhrzeit: 12:00

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: (falls bekannt, bei nicht offenen Verfahren, Verhandlungsverfahren und beim wettbewerblichen Dialog)

Tag: 01/02/2013

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Alle Amtssprachen der EU

Folgende Amtssprache(n) der EU:

DE

Sonstige:

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

bis: :

oder

Laufzeit in Monaten : oder in Tagen : (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag : (TT/MM/JJJJ) Uhrzeit

(falls zutreffend)Ort:

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen (falls zutreffend) :

ja nein

(falls ja) Weitere Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags: *(falls zutreffend)*

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag : ja nein

(falls ja) Voraussichtlicher Zeitpunkt weiterer Bekanntmachungen:

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird : ja nein

(falls ja) Voraussichtlicher Zeitpunkt weiterer Bekanntmachungen:

VI.3) Zusätzliche Angaben: *(falls zutreffend)*

Interessierte Unternehmen werden dringend gebeten, ihre Kontaktdaten an die in o.g. Kontaktstelle zu übermitteln (per Telefax, per E-Mail oder per Online-Registrierung unter www.bundestag.de/ausschreibungen). Dies ist erforderlich, um Antworten auf ggf. eingehende Fragen allen Bewerbern zukommen lassen zu können. Die Bewerber, die sich nicht registrieren, haben keinen Anspruch auf Übermittlung der sich auf solche Fragen ergebenden Informationen.

Fragen des Bewerbers, die sich auf den Teilnahmewettbewerb beziehen, können an die unter I. 1. genannte Kontaktstelle gesandt werden.

Fragen der Bewerber haben grundsätzlich schriftlich zu erfolgen und sind ebenfalls nur an die unter I. 1. genannte Kontaktadresse zu richten. Telefonische oder mündliche Anfragen bzw. Bewerber- / Bieterfragen werden nicht berücksichtigt. Gleiches gilt für Fragen, die nicht in deutscher Sprache formuliert sind. Mündlich erteilte Auskünfte haben keine Gültigkeit.

Eine Kostenerstattung für den dem Bewerber während des Teilnahmewettbewerbs entstandenen Aufwand bzw. sonstige Entschädigungen – gleich aus welchem Rechtsgrund – werden vom Auftraggeber nicht gewährt. Eingereichte Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

Die Teilnahmeanträge sind schriftlich auf dem Postweg in einem verschlossenen Umschlag und als solche gekennzeichnet einzureichen. Teilnahmeanträge per E-Mail und Fax sind nicht zugelassen, da die Unversehrtheit und Vertraulichkeit nicht gewährleistet werden kann.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren:

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:

Offizielle Bezeichnung: [Bundeskartellamt](#),
[Vergabekammern des Bundes](#)

Postanschrift: [Villemombler Straße 76](#)

Ort: [Bonn](#)

Postleitzahl: [53123](#)

Land: [Deutschland \(DE\)](#)

Telefon: [+49 228/94990](#)

E-Mail: info@bundeskartellamt.de

Fax: [+49 228/9499163](#)

Internet-Adresse: (URL) <http://www.bundeskartellamt.de>

Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren *(falls zutreffend)*

Offizielle Bezeichnung:

Postanschrift:

Ort: Postleitzahl: Land:
Telefon:
E-Mail: Fax:
Internet-Adresse: (URL)

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: (bitte Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3 ausfüllen)

Gemäß § 107 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 7 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

Postanschrift:

Ort: Postleitzahl: Land:
Telefon:
E-Mail: Fax:
Internet-Adresse: (URL)

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

31/10/2012 (TT/MM/JJJJ) - ID:2012-151481

Anhang A Sonstige Adressen und Kontaktstellen

I) Adressen und Kontaktstellen, die weitere Auskünfte erteilen

Offizielle Bezeichnung: Nationale Identifikationsnummer: *(falls bekannt)*
Postanschrift:
Ort: Postleitzahl: Land:
Kontaktstelle(n): Telefon:
Zu Händen von:
E-Mail: Fax:
Internet-Adresse: *(URL)*

II) Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind

Offizielle Bezeichnung: Nationale Identifikationsnummer: *(falls bekannt)*
Postanschrift:
Ort: Postleitzahl: Land:
Kontaktstelle(n): Telefon:
Zu Händen von:
E-Mail: Fax:
Internet-Adresse: *(URL)*

III) Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu richten sind

Offizielle Bezeichnung: Nationale Identifikationsnummer: *(falls bekannt)*
Postanschrift:
Ort: Postleitzahl: Land:
Kontaktstelle(n): Telefon:
Zu Händen von:
E-Mail: Fax:
Internet-Adresse: *(URL)*

IV) Adresse des anderen öffentlichen Auftraggebers, in dessen Namen der öffentliche Auftraggeber beschafft

Offizielle Bezeichnung Nationale Identifikationsnummer
(falls bekannt):
Postanschrift:
Ort Postleitzahl
Land

----- (Verwenden Sie Anhang A Abschnitt IV in beliebiger Anzahl) -----

Anhang B
Angaben zu den Losen

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber

Los-Nr : **Bezeichnung :**

1) Kurze Beschreibung:

2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptteil:

3) Menge oder Umfang:

(falls bekannt, in Zahlen) Veranschlagte Kosten ohne MwSt:

Währung:

oder

Spanne von :

bis:

Währung:

4) Abweichung von der Vertragslaufzeit oder vom Beginn bzw. Ende des Auftrags: *(falls zutreffend)*

Laufzeit in Monaten : oder in Tagen : (ab Auftragsvergabe)

oder

Beginn: (TT/MM/JJJJ)

Abschluss: (TT/MM/JJJJ)

5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Anhang C1 – Allgemeine Aufträge
Dienstleistungskategorien in Abschnitt II: Auftragsgegenstand
Richtlinie 2004/18/EG

Kategorie Nr [1]	Bezeichnung
1	Instandhaltung und Reparatur
2	Landverkehr [2], einschließlich Geldtransport und Kurierdienste, ohne Postverkehr
3	Fracht- und Personenbeförderung im Flugverkehr, ohne Postverkehr
4	Postbeförderung im Landverkehr [3] sowie Luftpostbeförderung
5	Telekommunikation
6	Finanzdienstleistungen: a) Versicherungsdienstleistungen b) Bankdienstleistungen und Wertpapiergeschäfte [4]
7	Datenverarbeitung und verbundene Tätigkeiten
8	Forschung und Entwicklung [5]
9	Rechnungslegung, Abschlussprüfung und Buchhaltung
10	Markt- und Meinungsforschung
11	Unternehmensberatung [6] und verbundene Tätigkeiten
12	Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen
13	Werbung
14	Gebäudereinigung und Hausverwaltung
15	Verlegen und Drucken gegen Vergütung oder auf vertraglicher Grundlage
16	Abfall- und Abwasserbeseitigung, sanitäre und ähnliche Dienstleistungen
Kategorie Nr [7]	Bezeichnung
17	Gaststätten und Beherbergungsgewerbe
18	Eisenbahnverkehr
19	Schifffahrt
20	Neben- und Hilfstätigkeiten des Verkehrs
21	Rechtsberatung
22	Arbeits- und Arbeitskräftevermittlung [8]
23	Auskunfts- und Schutzdienste, ohne Geldtransport
24	Unterrichtswesen und Berufsausbildung
25	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
26	Erholung, Kultur und Sport [9]
27	Sonstige Dienstleistungen

1 Dienstleistungskategorien im Sinne von Artikel 20 und Anhang IIA der Richtlinie 2004/18/EG.

2 Ohne Eisenbahnverkehr der Kategorie 18.

3 Ohne Eisenbahnverkehr der Kategorie 18.

4 Ohne Finanzdienstleistungen im Zusammenhang mit Ausgabe, Verkauf, Ankauf oder Übertragung von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten sowie Zentralbankdiensten. Ausgenommen sind ferner Dienstleistungen zum Erwerb oder zur Anmietung – ganz gleich nach welchen Finanzmodalitäten – von Grundstücken, bestehenden Gebäuden oder anderem unbeweglichen Eigentum oder von Rechten daran. Verträge über Finanzdienstleistungen, die bei dem Vertrag über den Erwerb oder die Anmietung mit ihm

gleichlaufend, ihm vorangehend oder im Anschluss an ihn gleich in welcher Form geschlossen werden, fallen jedoch unter die Richtlinie.

5 Ohne Aufträge über Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen anderer Art als diejenigen, deren Ergebnisse ausschließlich Eigentum des öffentlichen Auftraggebers für seinen Gebrauch bei der Ausübung seiner eigenen Tätigkeit sind, sofern die Dienstleistung vollständig durch den Auftraggeber vergütet wird.

6 Ohne Schiedsgerichts- und Schlichtungsleistungen.

7 Dienstleistungskategorien im Sinne von Artikel 21 und Anhang IIB der Richtlinie 2004/18/EG.

8 Außer Arbeitsverträge.

9 Ohne Aufträge über Kauf, Entwicklung, Produktion oder Koproduktion von Programmen durch Rundfunk- oder Fernsehveranstalter sowie Ausstrahlung von Sendungen.